

Nachrichten für Haunhof

Ämtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

3. Aufl. Sonntagsbeilage

Fernsprecher Nr. 2

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staudnitz, Threna zc.

Erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr. Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark 50 Pfennige ausschließlich des Postbelleidgeldes. Anzeigenpreis: die fünfgepaltene Korpuszeile 12 Pfg. An erster Stelle und für außerhalb der Amtshauptm. Grimma 15 Pfg. Bei Wiederholung Ermäßigung. Beilagegebühren nach Abrechnungsk. Anzeigen-Nachnahme bis vorm. 10 Uhr. Druck und Verlag: Günz & Co. in Rasthof.

Nr. 28.

Freitag, den 9. März 1917.

28. Jahrgang.

Ämtliches.

Brotstreckung.

Bei Verwendung des 94 % igen Roggenmehles, das demnach nur noch in den Verkehr gebracht werden wird, ist es nicht nötig, Streckungsmittel zuzusetzen. Der Bezirksverband wird auch in Zukunft nicht mehr in der Lage sein, Brotstreckungsmittel den Bäckern zur Verfügung zu stellen. Verboten ist aber die Verwendung von Streckungsmitteln bei Herstellung von Roggenbrot aus 94 % igem Roggenmehl nicht. Dies gilt namentlich für Verwendung von Rüben, soweit die Bäder solche zur Verfügung haben. Eine Lieferung von Rüben zur Brotstreckung durch den Bezirksverband kann mangels der nötigen Vorräte nicht erfolgen.

Das Verbot des Verbautes von Kartoffeln oder Kartoffelzeugnissen (Kartoffelstodden, -malzmehl, -stärkemehl), das bisher schon für die Herstellung von Brot für Verlorungsberechtigte galt, wird hiermit auch auf die Herstellung des Brotes für Selbstversorger ausgedehnt.

Diese Bekannmachung tritt sofort in Kraft. Sie ersetzt die Bekannmachung vom 13. Januar 1917 - L 46 a - . Die letztere Bekannmachung gilt jedoch noch für die Mengen des 82 % igen Roggenmehles, die bereits im Verkehr waren bez. von den Mühlen noch in den Verkehr gebracht werden.

Grimma, 1. März 1917.

L 1181.

Der Bezirksverband
der Königlich Amtshauptmannschaft.
Amtshauptmann v. Bose.

Stadtgemeinderatsitzung

Freitag, den 9. März 1917, abends 7/8 Uhr.

Tages-Ordnung:

1. Baufrage Rasthof.
2. Ergebnis der Stadtverordneten-Stellvertreterwahl.
3. Aufstellung eines Nachtrags zum Ortschaftsgesetz über die Errichtung einer Freibank.
4. Beschleunigungssachen.
5. Lebensmittelfragen.

Verschiedene Auffassungen.

Auch durch die neutralen Länder geht ein unterirdisches Leben. Allenfalls ist man von Vorahnungen der kommenden Frühlingsstürme erfüllt, und schon das bisherige kurze Vorspiel unerses ungehemmten Unterseebootkrieges hat die Geister in Aufruhr versetzt. Aber von einer Einheitlichkeit der Auffassungen und Stimmungen ist jetzt ebensowenig die Rede wie zuvor: in Holland teilt, wie die von der Ersten Kammer veröffentlichten Berichte ihrer Ausschüsse deutlich erkennen lassen, der maßgebende Teil des Volkes ohne jeden Vorbehalt die Anschauungen der Regierung und billigt alle Maßnahmen, die sie zur Verteidigung der Neutralität des Landes und seiner Lebensinteressen getroffen hat. Man läßt sich in dieser Haltung auch nicht durch das starke Anmahnen der Staatsschuld während des Krieges irren machen, sondern ist im Gegenteil entschlossen, die gemeinsamen Anstrengungen weiter nach Kräften zu steigern, um die nationale Unabhängigkeit allen Gefahren zum Trost in jeden Preis zu wahren. Und die Sorge, daß die Niederlande auf diesem oder jenem Wege vielleicht dazu verführt werden könnten, als Vorspann für fremde Interessen benutzt zu werden, ist so wach in den Gemütern, daß selbst gegen ein Zusammengehen mit anderen neutralen Staaten zur Sicherung eines dauerhaften Friedens für Europa von verschiedenen Seiten Widerspruch erhoben wurde. Holland dürfe, so wurde warnend hervorgehoben, unter keinen Umständen seine Selbständigkeit aufgeben, es dürfe sich weder gegenüber dem Präsidenten Wilson noch gegenüber den europäischen Neutralen binden. Man hat mit diesen Herrschaften schon seine Erfahrungen gemacht und weiß, daß man sich auf nichts in der Welt so zuverlässig verlassen kann wie — auf seine eigene Kraft.

Anderes liegen die Dinge in Schweden. Hier hat der Reichstag die Regierung mit ihrer Kreditforderung zu Zwecken der Aufrechterhaltung der Neutralität im Stich gelassen. 30 Millionen sollten bewilligt werden, die Zweite Kammer war aber nur für 10 Millionen zu haben, und als dann den Vorschriften der Verfassung entsprechend eine Gesamtabstimmung beider Parlamentshäuser vorgenommen wurde, blieb die Regierung mit fünfzehn Stimmen in der Minderheit. Welche Folgerungen sie aus dieser Niederlage ziehen wird, steht noch nicht fest; in jedem Falle hat ihr Ansehen einen starken Stoß erlitten, und es wird ihr selbst oder ihrer Nachfolgerin nur noch schwerer fallen, den richtigen Kurs festzuhalten, nachdem sich gezeigt hat, daß eine tiefgehende Spaltung das schwedische Volk zu einheitlichen Entschlüssen unfähig macht. An ernstlichen Warnungen hat der leitende Minister des Landes es wahrlich nicht fehlen lassen, und in der Tat steht ja auch der Hindernisse, welche Gefahren sich mehr und mehr um das Reich zusammenzuziehen. Die Befestigung der Aland-Insel durch Rußland auf der einen, der zunehmende Druck der englischen Blockade auf der andern Seite bedrohen die Unabhängigkeit des Landes um so nachdrücklicher, je empfindlicher sich der Gegendruck der deutschen Seeperrre

in London wie namentlich in Petersburg bemerkbar macht. Schon naht sich wiederum der britische Versuch mit dem Vorschlag, man wolle die in englischen Häfen liegenden schwedischen Schiffe freigegeben, wenn dafür die Durchfahrt durch die Koggründrüne wieder geöffnet würde. Schweden hat aber vor Jahr und Tag diese Forderungen geschlossen, weil sie von englischen und russischen Schiffseinheiten in der ungeriesten Art und Weise dazu benutzt wurde, unter brutaler Mißachtung schwedischer Hoheitsrechte den deutschen Ostseefahrt zu schädigen. Jetzt möchte man zunächst einmal durch die Öffnung der Rinne den in russischen Häfen festliegenden englischen Schiffsräum herausbekommen; dann aber würde man natürlich von ihr auch sonst den Gebrauch zu machen wissen, der sich für die Wahrung bedrängter Entente-Interessen von selbst empfiehlt. Die schwedischen Liberalen sind es in erster Reihe gewesen, die dem Ministerium Hammerfjeld diesen Stein in den Weg gewälzt haben, mit freundlicher Unterstützung der Sozialisten, von denen man es begreifen kann, daß sie lieber eine schwache oder eine geschwächte Regierung am Ruder sehen. Die bessere Erkenntnis wird hier wohl erst aufzukommen, wenn es zu spät ist.

Der Verwirrung der Geister im Norden ist eine zunehmende Ernüchterung der Gemüter im Süden entgegenzuhalten. In der italienischen Kammer konnte dieser Tage ein Anhänger von Giolitti die bekannnten Anschauungen seines Herrn und Meisters von der Tribüne herab vertreten, ohne dafür auf der Stelle gesteinigt zu werden; nicht einmal sein Bild ist hinterher von berufsmäßigen Kriegsbegehren verdrängt worden. Man hörte ihn so ruhig an, als sage er die selbstverständlichsten Dinge von der Welt, und doch behauptete er nichts mehr und nichts weniger, als daß die Salandra und Sonnino das Land ins Unglück gestürzt hatten. Er ging dabei natürlich von der wirtschaftlichen Lage Italiens aus, die sich immer verweirter gestaltet und an der selbst die erfahrensten Schönsfelder bald nichts mehr zu loben finden werden. Auch eine zweite Strafpredigt, diesmal vom Sozialisten Brampolini gehalten, wurde von der Kammer mit vollkommener Ruhe angehört, und ob die Versuche der Kriegspresse, sie wieder zu ihrer früheren Besinnungslosigkeit aufzuwecken, diesmal Erfolg haben werden, wollen wir erst einmal abwarten. Auch am italienischen Himmel ziehen sich ja allerlei Wolken zusammen, die sich wohl in nicht allzulanger Frist entladen werden. Vielleicht wird die Ernüchterung dann schneller fortschreiten, als man es jetzt noch für möglich hält.

Wilson in der Zwickmühle.

Die zweideutige Haltung des Präsidenten Wilson, der nach der treffenden Charakterisierung eines Pariser Blattes in der einen Hand Rants Kraftat vom ewigen Frieden, in der andern die murfbereite Granate schwingt, hat auch in Amerika starken Widerspruch hervorgerufen. Man fürchtet, daß er keine Absicht, an Seite Englands in den Kampf einzutreten, auch gegen den Willen des Kongresses als Diktator durchzuführen und vor einem kleinen Staatsstreich nicht zurückzuschrecken werde. Die Amerikaner sind eifersüchtige Wächter ihrer Verfassung und wollen daran nicht rütteln lassen, selbst solche, die mit England sympathisieren. Das Herausziehen einer

Konstitutionellen Krisis

am amerikanischen Parlamentshimmel wird deshalb in englischen politischen Kreisen ernstlich in den Bereich der Möglichkeit gezogen. Wilson war der Meinung, den Kongress einmütig hinter sich zu haben, um den ersten Schritt zum Kriege mit der Bewaffnung der Handelschiffe zu tun, und betonte deshalb, er würde ohne ausdrückliche Ermächtigung von seiner ihm angeblich ausstehenden präsidentalen Machtvollkommenheit in dieser Richtung nicht Gebrauch machen. Die Entwicklung der Dinge im Senat hat ihm aber gezeigt, daß die Opposition in der Lage ist, sich nicht mundtot machen zu lassen und die Entscheidung zum wenigsten lange hinauszuschieben. Der Entwurf, den Wilson schon sicher in der Tasche zu haben glaubte, ist vorläufig gescheitert, und was der Präsident bei der Auseinandersetzung im Senat über seine Politik zu hören bekam, muß ihm recht unangenehm geklungen haben.

Lärmjahren im Senat.

Es wurde offen erklärt, daß die amerikanische Neutralität einseitig sei, daß Deutschland gar nicht anders handeln konnte, und daß auch England und Amerika gleichartig gehandelt hätten. Sehr geschadet hat dem Präsidenten die Erklärung des Senators Underwood, daß Zimmermanns Note an Mexiko keine unfreundlichen Absichten gegen Amerika kundue und nur für den Kriegsfall bestimmt war. Die Anhänger Wilsons verlusten, dem Senator La Follette, der gegen das Schiffsbewaffnungsgesetz sprach, das Sprechen unmöglich zu machen. Senator Stone, der die feindlichen Absichten des Präsidenten mit Fug und Recht bezweifelt, wurde am Betreten der Tribüne verhindert. Es kam sogar zu Tätlichkeiten. Aber die gesetzlich vorgesehene Frist verstrich und die Bill fiel in die Verlesung.

Zurückgeblieben sind die Schwierigkeiten für Wilson noch dadurch erhöht, daß ein Gesetz von 1819 in

Erinnerung gebracht worden ist, das ausdrücklich jeden Widerstand der amerikanischen Handelschiffe gegen Kriegsfahrzeuge von Staaten, mit denen Amerika nicht im Kriege lebt, verbietet. Das trifft natürlich auf deutsche U-Boote zu. Dieses Gesetz müßte also erst auf legislativem Wege aufgehoben werden. Selbst wenn der Kongress es aufheben würde, so könnten darüber Wochen vergehen. Das Repräsentantenhaus hat sich aber noch nicht konstituiert, und da beide Parteien sich ziemlich die Waage halten, werden die Kämpfe um den Fortschritt einige Zeit in Anspruch nehmen. Der Vorschlag Wilsons, daß der Senat seine Geschäftsordnung ändern soll, stößt auf Widerspruch, da man im Senat niemals einen Schluß der Debatte faunte.

Ein Generalschritt Wilsons?

Wie die „United Press“ aus Washington meldet, hat Wilson infolge der Kundgebung der 88 Senatoren der Mehrheit sofort den Befehl zur Bewaffnung der Handelschiffe gegeben.

Wenn diese Meldung sich bewahrheiten sollte, so hätte Wilson die letzten konstitutionellen Bedenken über Bord geworfen und sich zur Rolle des uneingeschränkten Diktators betannt. Ob das amerikanische Volk ihm willig auf solchem Wege folgen würde, steht nach dem Vorhergegangenen noch stark in Frage. Daß man in amerikanischen Regierungskreisen die Bewaffnung der Handelschiffe bereits als ein Faktum betrachtet, geht allerdings aus einer Mitteilung des Senators Stone im Senat hervor. Danach plante die amerikanische Marine die Ausrüstung der Handelschiffe mit leichten U-Bootjägern. Diese kleinen Boote sollen erst in der Sperrezone zu Wasser gelassen werden, die Handelschiffe umkreisen, nach feindlichen Fahrzeugen Umschau halten und sie angreifen, wenn sie sie erblicken.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Der Hauptauschuh des Reichstages beschäftigte sich mit einer sozialdemokratischen Resolution, wonach schleunigst von Reich wegen neue Arbeiterkündigungsvorschriften namentlich für diejenigen Betriebe der Munitions- und Schwerindustrie, die besonders gefährdet sind, erlassen und mit Hilfe der Bundesstaaten durchgeführt werden sollen. Der Unterstaatssekretär des Reichsamts des Innern erklärte, daß alles geschehe, was geschehen könne. Für gesetzgeberische Maßnahmen sei aber jetzt nicht die Zeit. Die Erfahrungen des Krieges würden gesammelt, um im Frieden nutzbar gemacht werden zu können. In dieser Hinsicht werde nichts veräumt. Bei Beschwerden könne es sich nur um Ausnahmen handeln.

In einer Sitzung des Beirats des Kriegsernährungsamts wurde der neue Kriegswirtschaftsplan beraten. Es wird beabsichtigt, der Reichswirtschaftsstelle neben der Bewirtschaftung des Brotgetreides vom Herbst ab auch die des Hafers, der Gerste und der Hülsenfrüchte zu übertragen; die Fruchtarten sollten einheitlich für die Kommunalverbände beschlagnahmt werden. Eine durchgreifende Neuordnung der Preise, für die das Gutachten der Hochschulprofessoren in vieler Hinsicht eine brauchbare Grundlage gebe, müsse erfolgen, und zwar so, daß eine Steigerung der Gesamteinnahme der Landwirtschaft aus den abgukiefernden Erzeugnissen zum Nachteil der Verbraucher nicht eintrete. Es müßten die Preise der direkt abgukiefernden Bodenerzeugnisse erhöht und die Schlachtviehpreise entsprechend gesenkt werden. Der Preis für Roggen, Hafer und Gerste sei einheitlich mit 270 Mark, für Weizen mit 290 Mark vorzuschlagen. Zum Schluß der Beratungen stellt Herr v. Batocki fest, daß der Beirat in seiner überwiegenden Mehrheit sowohl der vorgeschlagenen Neuorganisation der Getreidebewirtschaftung wie dem Vorschlage des Preisausgleiches grundsätzlich zustimme, daß bezüglich der Herabsetzung der Viehpreise sowie des Naches der Erhöhung des Brotgetreidepreises aber erhebliche Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertretern der Erzeuger und Verbraucher beständen. Er hoffe, daß es dem Kriegsernährungsamt gelingen werde, die richtige Linie zwischen den auseinandergehenden Forderungen zu finden.

Nach einer aus englischen Setzungen hierhergelangten Nachricht soll Lord Newton im Oberhause ausgedrückt haben, daß das zwischen Deutschland und England getroffene Abkommen über die beiderseitige Entlassung der mehr als 45 Jahre alten Zivildeserfahrenen „suspendiert“ worden sei. Es handelt sich offenbar um eine zeitweilige Auslegung der bereits in Ausführung begriffenen Transporte infolge der durch die Seeperrre geschaffenen Verkehrserschwerungen. Wegen der Fortleitung des Austausch auf einem von der Seeperrre nicht betroffenen Wege sind der britischen Regierung deutschseits Vorschläge gemacht worden, auf die eine Antwort jedoch noch aussteht.

Großbritannien.

In England beginnt man sich immer mehr der durch die deutsche Seeperrre geschaffenen gefährlichen Lage bewusst zu werden. Die Lebensmittelnot wachse unheimlich. Im Unterhause wurde vom Sekretär des Lebensmittelkontrollen erklärt, daß eine Kartoffelnot ohne Ver-